

U5: Wiens neue Linie in Startposition

Analyse. Spätestens in sechs Monaten könnte der Bau der Linie U5 offiziell präsentiert werden, die für Wiens Westen dringend notwendig ist. Davor müssen noch Stolpersteine beseitigt werden.

VON MARTIN STUHLPFARRER

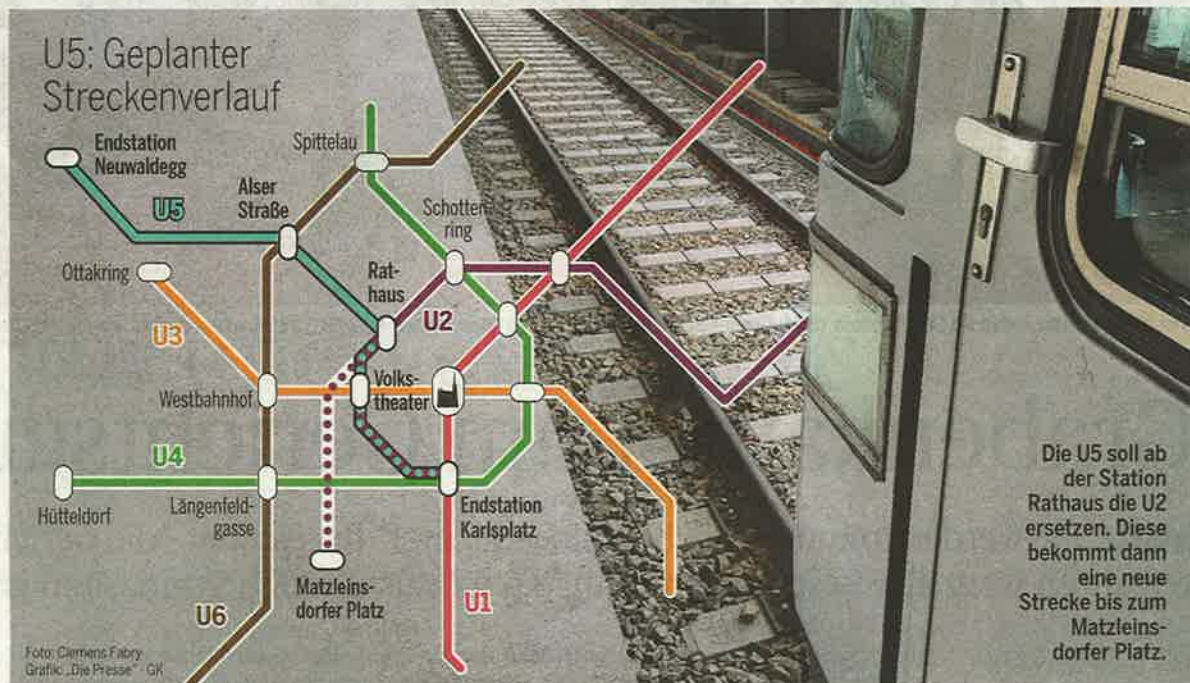
Wien. Es wird ernst. In etwa sechs Monaten wird nach „Presse“-Informationen eine zentrale Entscheidung für die Stadt fallen. Es geht um die Frage, ob die Linie U5 nach jahrzehntelanger Diskussion realisiert wird. Diesmal sind die Chancen für die Umsetzung der Linie, die seit Jahrzehnten regelmäßig durch die Medien geistert, so gut wie noch nie. Die Realisierung sei zum Greifen nahe, es gebe aber noch harte Knackpunkte, wie der „Presse“ aus informierten Kreisen bestätigt wird.

Warum es diesmal ernst wird? Die Stadt benötigt die U5 zur Entlastung des Westens und macht Druck. Bund und Wien verhandeln erstmals ernsthaft über das Projekt, es gibt bereits eine Finanzierungsvariante. Die Verhandlungen sind aber äußerst komplex. Werden diese Probleme ausgeräumt, was nach derzeitigem Stand zu erwarten ist, wird im Sommer oder Anfang Herbst der Bau der neuen U-Bahn-Linie verkündet.

Der konkrete Plan

Was ist derzeit geplant? Die U5 soll von Hernalers über den Elterleinplatz und die U6 (Station Alser Straße oder Station Michelbeuern) bis zur U2 (Station Rathaus) geführt werden. Von dort geht es über die bestehende U2-Trasse bis zum Karlsplatz. Im Gegenzug wird die U2 ab der Station Rathaus über die U3 (Neubaugasse) und die U4 (Pilgramgasse) zum Matzleinsdorfer Platz geführt. In etwa vier Jahren, also 2018/2019, könnte der Spatenstich erfolgen, die U5 wäre dann 2024 in Betrieb, so der Plan.

Wiener Linien und Stadt Wien wollen das so umsetzen. Die städtischen Verkehrsbetriebe haben bereits vor einigen Wochen de facto den Bau der U5 gefordert. Finanzstadträtin Renate Brauner war damals noch zurückhaltend, ihr Ressort kommentiert die „Presse“-In-



formationen, dass es mit der U5-Entscheidung ernst wird, nun überraschend offen: „Wir sind dafür in guten, konstruktiven Gesprächen. Denn wir wollen die beste Lösung für die wachsende Stadt.“

Entlastung für U6, 43er, 13A

Ein Knackpunkt ist natürlich die Finanzierung. Der Bund fährt einen harten Sparkurs, Wien darf ab 2016 keine neuen Schulden machen. Die Lösung: Die bereits paktierte und finanzierte U2-Süd-Verlängerung wird verschoben – die frei werdenden Finanzmittel werden zur (wichtigeren) U5 umgeleitet.

DIE GEISTERLINIE

U5. Seit Jahrzehnten geistern Pläne für eine U5 durch Wien – etwa zwischen Meidlinger Hauptstraße und St. Marx, später als Strecke zwischen Schottenring und Stadion, wo heute die U2 fährt. Nun soll eine U5 von Hernalers bis zum Rathaus und über die jetzige U2 zum Karlsplatz führen. Ob sie so kommt, soll in einem halben Jahr geklärt sein.

Verkehrsministerin Doris Bures hat dafür grundsätzlich grünes Licht gegeben, es sind aber noch schwierige rechtliche Verhandlungen zu absolvieren.

Warum Stadt und Wiener Linien so auf die U5 drängen? Die U6 ist schwer überlastet, kürzere Intervalle sind nicht mehr möglich. Planer der Wiener Linien haben nach „Presse“-Informationen errechnet: Im Idealfall würde die U5 die U6 um rund 30 Prozent entlasten. Die U5 würde gleichzeitig auch die Probleme mit dem 43er, der zu den meistfrequentierten Straßenbahnlinien der Stadt gehört, lösen. Dort sind die Züge (jährlich 26 Millionen Passagiertransporte) trotz Intervallverkürzung so voll, dass nun (als Notmaßnahme) sogar Sitze beim Eingang entfernt werden müssen – damit die Fahrgäste schneller ins Innere kommen. Dadurch kann der Fahrplan zumindest ansatzweise eingehalten werden.

Die folgende U2-Umleitung vom Rathaus zum Matzleinsdorfer Platz würde das Verkehrsnetz wei-

ter entspannen. Also nicht nur die U3, sondern auch die Buslinie 13A, die mit zwölf Millionen Fahrgästen pro Jahr die überfüllteste Buslinie Wiens ist. Anders formuliert: Die U5 würde auf einen Schlag mehrere Nadelöhre im Netz des öffentlichen Verkehrs entlasten. Was vor allem wichtig ist, da die Stadt jährlich um rund 10.000 bis 15.000 Menschen wächst, was die Situation im Bereich der Nadelöhre des öffentlichen Verkehrsnetzes also noch weiter massiv verschärfen wird.

Der Zeithorizont von rund einem halben Jahr für eine Entscheidung hat einen Grund: Die Stadt will das Geld für die (nicht mehr prioritäre) U2-Verlängerung in den Süden nicht verfallen lassen – da der Bund dafür die Hälfte zahlt. Wird die U5 (entgegen den Erwartungen) nicht realisiert, muss Wien daher rechtzeitig mit der U2-Verlängerung beginnen, damit dieses Geld nicht verfällt. Es muss also in absehbarer Zeit eine Entscheidung fallen – derzeit läuft aber alles für die U5.

NACHRICHTEN

Wien: Häupl kritisiert Polizeieinsatz bei Ball

Wiens Bürgermeister, Michael Häupl (SPÖ), kritisiert den Polizeieinsatz rund um den Akademikerball am vergangenen Freitag. Dieser hätte anders organisiert werden müssen, um Ausschreitungen zu verhindern. Mit 2000 Polizisten, so Häupl, hätte man mit 200 Vermummten fertigwerden müssen. Rücktritts-aufforderungen an Wiens Polizeipräsidenten, Gerhard Pürstl, schließt er sich aber – anders als die Sozialistische Jugend – nicht an. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hingegen verteidigt den Einsatz: Die Polizei habe „vorbildlich“ gehandelt.

Vorarlberg: Bregenzer köpft Katze

Ein 46-jähriger Bregenzer wurde am Dienstag am Landesgericht Feldkirch zu einer Geldstrafe von 480 Euro verurteilt, weil er der Katze seiner Lebensgefährtin den Kopf abgeschnitten hatte. Er habe das verletzte Tier „erlösen“ wollen, rechtfertigte sich der Mann. Dass er nach der Tat auch seine Freundin bedrohte, bestritt der Angeklagte. Das Urteil wegen Tierquälerei, das der Angeklagte grinsend annahm, ist rechtskräftig. In Bezug auf die gefährliche Drohung gegen seine Freundin wurde der 46-Jährige freigesprochen.

Wien: „Amtsbekannter“ attackiert Tierschützer

Ein Mann attackierte am Montagabend die Teilnehmer einer Tierschützer-Demo im Umfeld des Jägerbells in der Hofburg am Heldenplatz. Der laut Polizei „Amtsbekannte“ versprühte mit einer Spritzpistole Buttersäure und attackierte mehrere Personen mit einem Elektroschocker. Sechs Menschen wurden verletzt, darunter ein Polizist. Der Mann wurde verhaftet.

Salzburg: Bub würgte Mutter – Prozess

Ein 14-Jähriger, der seine Mutter nach einem Streit würgte, mit Wollfesselte und ihr die Handtasche entriß, stand am Dienstag vor einem Salzburger Jugendschöffensgericht. Der Prozess endete mit einer rechtskräftigen Diversion unter einer Probezeit von zwei Jahren. Er erhielt die Weisung, sich in diesem Zeitraum einer Behandlung durch einen Facharzt für Psychiatrie zu unterziehen. Es wurde auch eine Bewährungshilfe angeordnet.

Wien: Polizei fasst junge Einbrecher

Fünf Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren wurden Dienstagnacht in Favoriten als mutmaßliche Einbrecher angehalten. Ein Zeuge hatte sie auf dem Dach eines Lebensmittelgeschäftes in der Grundäckergasse gesehen und die Polizei alarmiert. Diensthunde stöberten die Buben an der rückwärtigen Seite des Objektes auf. Die Polizisten stellten ihnen Kosme-

Bürgermeister Häupl ist für eine stärkere politische Kontrolle von Stadt-Wien-Firmen – wenn der Bund mitzieht.

Mangelnde politische Kontrolle ist „Systemfehler“

RATHAUSKELLER

VON MARTIN STUHLPFARRER

Es ist ein bemerkenswertes Schriftstück, das trotz seines interessanten Inhalts bisher unbeachtet geblieben ist. In dem Papier geht es um die ausgegliederten Unternehmen der Stadt Wien. Also jene Firmen, die zwar der Stadt gehören, Milliarden Euro bewegen, aber rechtlich privatwirtschaftlich organisiert sind – mit dem Effekt, dass sie de facto der politischen Kontrolle entzogen sind. Zumindest der Kontrolle der Opposition, die gern kritische Fragen stellt.

In dem Papier erklärt Bürgermeister Michael Häupl sinngemäß, dass es eine Art Systemfehler sei, dass die Opposition hier nicht kontrollieren darf, man könne gemeinsam reden, um das zu ändern. Das würde in der Praxis

nien, Vereinigte Bühnen Wien und Wiener Stadthalle bedeuten.

Auslöser der Häupl-Aussage war eine VP-Anfrage. Inhalt: Immer mehr Firmen würden ausgegliedert, rund die Hälfte der Stadt-Wien-Unternehmen der Kontrolle des Gemeinderats entzogen, dazu die rhetorische Frage, was der Bürgermeister dazu sage. Es war also eine Anfrage, die eigentlich nur den Unmut der Opposition artikulieren sollte. Doch Häupl lieferte eine interessante Antwort: Dass die Opposition diese Firmen nicht kontrollieren dürfe, sei „ein nahezu systemischer Webfehler“, so Häupl wörtlich. Und: „Ich denke daher, dass wir sehr ernsthaft und gemeinsam darüber reden sollten, wie wir dies korrigieren können.“ Anders formuliert: Häupl richtete den verblüfften Fraktionen von ÖVP und FPÖ aus, er könne sich eine Ausweitung der Kontrollrechte der

Überraschend kritische Worte Häupls zur Kontrolle in Wien.

Der Wiener Bürgermeister ist für vieles bekannt, politischer Altruismus gehört nicht dazu. Denn Häupl ortet diesen „Systemfehler“ auch im Bund, wie er im Nachsatz erklärte. Anders formuliert: Der Bürgermeister ist für eine Diskussion über Kontrollrechte (z. B. Anfragen), wenn entsprechende Rechte im Parlament ebenfalls (im Sinn der SPÖ) ausgeweitet werden – womit ein rot-schwarzes Patt herrscht.

Häupls offene Aussage über einen Systemfehler bei der Kontrolle der Stadt-Wien-Firmen deckt sich aber nicht nur mit der Oppositionsmeinung, sondern auch mit Wiener Erfahrungen. Bei einigen ausgegliederten Firmen (Stichwort: Dienstwagenaffäre bei Wienstrom) gab es teilweise jahrelang Missstände. Und diese wurden erst durch den Stadtrechnungshof (bzw. dessen Vorgänger, das Kontrollamt) aufgedeckt, der im Gegensatz zur